

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Nummernummer 25 241
Nur für Nachgelieferte: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich M. 36.—, aber durch die Post bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich M. 38.—
Die 10paltige 32 mm breite Zeile M. 7.—, außerhalb Sachsens M. 8.—, Familien-
anzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsanzeigen, 10paltige An- und Be-
künde die Zeile M. 5.—, Borzugspätze laut Tarif. Ausserordentliche Beiträge gegen
Vorauszahlung. Einzelnummer M. 7.—, Sonntagsausgabe M. 2,50

Schriftleitung und Hauptverlagshaus:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Reisen Sie nie ohne **Reisegepäck-Versicherung**, die für alle Reisen und Aufenthalte von Verlassen der Wohnung bis zur Heimkehr haftet. — Police sofort bei **Emil Preuß, Versicherung, Moszinskyst. 1.** Telefon: 14154 und 14514 Drahtwort: Policepreuß

Trinkt **Radeberger Pilsner**

Transportable Herde in Schmiedeeisen und Guß — Bevorzugte Fabrikate **Prometheus-Gaskocher und Herde** **Florian Czockerts Nachfolger** Ferdinand Wiesner Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

Endgültige Annahme der Getreideumlage.

217 gegen 137 Stimmen in dritter Lesung. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 1. Juli. In dritter Lesung und damit endgültig nahm heute der Reichstag das Gesetz über die Getreideumlage mit 217 gegen 137 Stimmen an.

Berlin, 1. Juli. In der Aussprache im Reichstag zur Getreideumlage wurden noch folgende Erörterungen gepflogen:
Abg. Dr. Hunkel (D. Sp.): Ich weis mich mit allen Parteien einverstanden in dem Ziele der Sicherung der Volksernährung. Nur bezüglich der Mittel, dieses Ziel zu erreichen, unterscheiden wir uns.

Wir haben Vertrauen zu der Versicherung der Landwirtschaft, freiwillig zu liefern.

Die Landwirtschaft kann es gar nicht riskieren, ihr Versprechen nicht zu halten. Sie würde sich dadurch ein für allemal ausschalten. Wir sind auch für billigeres Brot für die Arbeiterklasse. Sie (nach Unts) schaffen nur Verärgerung. Schon Ihren Antrag auf 1 1/2 Millionen Tonnen, 2 Millionen Tonnen über die Regierungsvorlage hinaus, empfindet die Landwirtschaft als Verleumdung und Herausforderung. Helfen Sie, Duder- und Schieberum zu unterbinden und dem Arbeiter wie der Landwirtschaft Arbeitsfreudigkeit zu geben.

Abg. Anspach (Soz.) erklärte, an eine freiwillige Ablieferung sei auch deswegen nicht zu denken, weil die Landwirte zum großen Teil politisch verhebt seien. Die Kostgänger der bestehenden Kreise auf Kosten der Arbeiterklasse müsse aufhören. — Abg. Stegerwald (Z.): Es ist ganz natürlich, daß die Landwirtschaft aus der Zwangswirtschaft heraus will, zumal ihr im vorigen Jahre versprochen worden war, daß die damalige Umlage die letzte sein sollte. Trotzdem haben wir noch einmal unter schweren Bedenken uns für die Umlage entschieden, weil brauchbare andere Wege von der Landwirtschaft nicht vorgeschlagen werden konnten. Die Brotreserve war unüberschreitbar.

Der Umlagenpreis ist ein politischer Preis. Er bietet die große Gefahr, daß die Anbaufläche im nächsten Jahre bedeutend zurückgeht und wir dann vielleicht dreifache Preise für Einfuhrgetreide bezahlen müssen.

Abg. Lang (Bauv. Sp.) beantragt, nur zwei Millionen Tonnen Getreide umzulagen. Die Ernte sei wesentlich schlechter als im Vorjahre. Deshalb müsse auch die Um-

lage verringert werden. — Abg. Kaufmann (Bauv. Bauernbund) führte aus, daß der dauernde Zwang auf die Landwirte leicht dazu führen könnte, daß die Landwirte überhaupt kein Getreide mehr anbauten. — Abg. Roenen (Komm.) nannte es einen

unerträglichem Zustand, daß diese Beratung in Gegenwart von Reaktionskräften, die eigentlich ins Justizhaus gehören. (!)

Reichsernährungsminister Febr: Durch die Entwertung unseres Geldes hat eine wesentliche Steigerung der Getreidepreise stattgefunden. Unter solchen Umständen können wir die Zwangswirtschaft nicht vollkommen aufheben. Durch diese Umlage wird ein ruhender Pol geschaffen, der die sprunghafte Steigerung unserer Lebenshaltungskosten verhindert. Das ist nötig, weil unsere Produktion nicht den gesamten Bedarf decken kann und daher die Preise ohne Hemmung gesteigert werden können. Eine absolut sichere Schätzung der Ernteaussichten ist zwar nicht möglich, aber ich scheint zu sehen, daß die Ernte schlechter sein wird als die des Vorjahres. Die Landwirtschaft ist nicht das einzige Produktionsfeld für die Volkswirtschaft. Auch die Stoffindustrie ist gebunden. Wenn wir die Landwirtschaft besetzen, mühen wir auch die Stoffindustrie besetzen. Dann mühte die Landwirtschaft 13 Milliarden mehr zahlen für die Weltmarktpreise für Kunstdünger.

Die Abstimmung.
Zunächst wurde abgestimmt über den grundlegenden § 1, der die Höhe der Umlage festsetzt. Der kommunistische Antrag, 1/2 Millionen Tonnen Brotgetreide umzulagen, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Angenommen wurde der Kompromißantrag, die Umlage auf 2 1/2 Millionen Tonnen festzusetzen. Dafür stimmten das Zentrum, die Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen, sowie ein Teil der Bauernpartei.

Beim § 20, der die Personen bestimmt, die nicht vorzugsweise berechtigt sind, z. B. die, deren Einkommensverhältnisse ein Bedürfnis, Brot im Wege der öffentlichen Versorgung zu erhalten, nicht erkennen lassen, wurde ein Antrag Herz (Unabh.), die näheren Bestimmungen einem Reichstagsausschuß zu überlassen, im Himmelssturz mit 183 gegen 168 Stimmen abgelehnt. Die Würdigung eines Reichstagsausschusses ist also nicht vorgesehn. Auch die übrigen Abänderungsanträge wurden abgelehnt und die Kompromißvorläge durchweg angenommen. Damit war die Vorlage in zweiter Lesung erledigt.

Die Zusammenziehung des Staatsgerichtshofes.

Berlin, 30. Juni. Der Reichspräsident hat zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ernannt den Senatspräsidenten beim Reichsgericht Dr. Hagen als Vorsitzenden, den württembergischen Gesandten in Berlin Hildenbrandt, die Reichstagsabgeordneten Verbandsvorsitzenden Hädel in Berlin-Grünau, Schriftsteller Erkelenz in Berlin-Hausknutenweg und Reichsanwalt a. D. Fehrendach, sowie die Reichsgerichtsräte Döhring und Dr. Baumgarten.

Als Stellvertreter hat ernannt der Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Schmidt, die Reichstagsabgeordneten Reichsminister a. D. Wiffell, Verbandsvorsitzender Brandes in Stuttgart und Schriftleiter Foss aus Rüdten-Blabach, sowie der Reichstagsabgeordnete Keller. Ferner sind als Stellvertretende Mitglieder in Aussicht genommen der Universitätsprofessor van Galle und der Reichsgerichtsrat Kiedner. Von beiden ist jedoch eine Annahme, ob sie das Amt annehmen, noch nicht eingegangen. (W. T. B.)

Das Mordauto und sein Besitzer.

Berlin, 1. Juli. Ueber die Beziehungen des sächsischen Fabrikanten Johannes Küchenmeister und seines Bruders Fritz zu der Mordtat Rathenaus wird berichtet: Als die Beamten das Auto in der Garage fanden, wurde von der Nr. 11 278 festgestellt, daß der Wagen nach Freiberg gehört. Die Beamten, die man gleich dorthin entsandte, ermittelten als den Eigentümer den Fabrikanten Johann Küchenmeister, der mit seinem Bruder Fritz eine Fleischspinnerei betreibt. Anwesend war nur Fritz Küchenmeister. Sein Bruder war nicht lange vor der Ankunft der Beamten von Freiberg abgereist und hatte weiter nichts hinterlassen, als daß er nach Tirol fahren werde. Sein Aufenthalt in Tirol war bald ermittelt. Der Verhaftete wurde zunächst in das zuständige Amtsgericht gebracht. Fritz Küchenmeister erklärte, daß er nicht wisse, wann, wohin und zu welchem Zwecke das Auto seines Bruders ausgefahren sei. Fritz Küchenmeister besitzt zwei Personenautos, abgesehen von mehreren Kraftwagen. Das eine fand noch in seiner Garage. Während die Beamten Fritz Küchenmeister, um jeder Verdunklung vorzubeugen, gleichfalls verhafteten und nach Berlin brachten, nahmen andere unverzüglich Nachforschungen nach dem Wege auf, den das von dem Mörder benützte Auto genommen hat, bis es nach Berlin kam. Sie bestanden fest, daß Fritz Küchenmeister selbst schon in der Woche vor der Mordtat mit einem Chauffeur von Freiberg nach Dresden gefahren war und dort den Wagen in einer Autogarage untergebracht hatte. Am nächsten Tage schickte er seinen Chauffeur ohne Auto nach Hause. Während sich der Mann auf dem Wege nach Freiberg befand, sandte ihm

Dollarkurs 400.

Der Dollar setzte am Sonnabend seine Aufwärtsbewegung in rasendem Tempo fort. Der Freiverkehr setzte morgens mit einem Geldkurs von 377 1/2 ein, um in festem Morgens zu bleiben. Mittags stand der Geldkurs im Freiverkehr auf 400, ohne daß nennenswertes Angebot in Devisen zu verzeichnen war.

Küchenmeister andere Chauffeur nach, ließ ihn zurückholen und nahm ihm jetzt seinen Führerschein ab mit der Begründung, ein Herr, der sich jetzt bei ihm befinde und den er als seinen Schulfreund bezeichnete, wolle mit dem Wagen eine Probefahrt machen. Das war acht Tage vor dem Verbrechen. Am Montag fuhr dann Fritz Küchenmeister ohne Wagen nach Freiberg zurück, wohin sich sein Chauffeur nach Abgabe des Führerscheines schon vorher begeben hatte. Wo nun der Wagen von Freitag, den 16. Juni, bis Donnerstag, den 22. Juni, gewesen ist, konnte nicht ermittelt werden. Am 22. Juni kam er in die Garage der Barneimerstraße in Berlin. Die Brüder Johannes und Fritz Küchenmeister haben beide als Offiziere den Krieg mitgemacht. Johannes, der im Feldzuge ein Bein verloren hat und dafür ein künstliches trägt, betätigte sich auch politisch. Die Brüder besitzen die Freiburger Silberminen. Diese kamen während des Krieges zum Stillstand und erfolgten zum Teil. Die Eigentümer wandten sich deshalb einem anderen Industriezweig zu und betreiben seitdem in ausgedehnter Weise die Flachspinnerei.

Weitere Verhaftungen zur Ermordung Rathenaus.

Berlin, 1. Juli. Wie der „Borm.“ aus Osnabrück meldet, wurden dort der Fabrikant Fritz Frömmeling, der Fabrikbesitzer Meyer und der deutsche nationale Parteiführer Landwehr wegen Beteiligung an der Ermordung Rathenaus verhaftet.

Berlin, 30. Juni. (Amstsch.) Nacher nach anderen deutschen Städten haben die Ermittlungen der Berliner politischen Polizei auch nach Schwerin geführt. Dort sind durch Berliner Beamte der Sekretär des Deutschen Reichs Schütz und Frangbundes vom Bezirk Mecklenburg, Erich Bade, sowie der ebenfalls im Sekretariat des Deutschen Reichs Schütz und Frangbundes tätige Angehörige Christian Husemann, ein früherer Seckelbeiz, festgenommen worden. Bade und Husemann wurden am Tage vor der Mordtat von den Mördern, die zu einer angeblichen Probefahrt von Berlin nach Schwerin gefahren waren, verhaftet. Bei diesem Verhaftung hat Husemann den Mördern die Maschinenpistole übergeben, die am Tage darauf zur Ermordung Rathenaus benützt wurde. (W. T. B.)

Auf zur Elternratswahl!

Christliche Eltern, im eure Pflicht!

Der morgige Sonntag ist der Tag der Eltern. Da gilt es einzutreten für eines der heiligsten Güter im Leben unseres Volkes, für die religiös-sittliche Erziehung der heranwachsenden Jugend, auf deren ethischer Durchbildung und Charakterstärke die Zukunft der Nation beruht. Außer in Dresden finden die Elternratswahlen im größten Teile Sachsens statt; nur in einigen Gegenden sind sie bereits vollzogen worden. Es heißt nun zu dem guten Anfang ein gutes Ende fügen, damit das Gesamtergebnis eine machtvolle Kundgebung für die christliche Sache darstellt. Wenn dieser Erfolg erzielt werden soll, darf keine einzelne Stimme fehlen, und die Eltern müssen insbesondere beherzigen, daß ihre beiden Stimmen getrennt gezählt werden. Eine einzelne Frau, die sich aus häuslichen Gründen von der Wahl fernhält, kann daher einen ungünstigen Ausgang verhindern. So ist es im vorigen Jahre bei der Elternratswahl in einer Volksschule beispielsweise vorgekommen, daß 180 Stimmen für die christliche Seite abgegeben wurden, während auf die gegnerische Seite 179 Stimmen entfielen. Diese eine Stimme Mehrheit brachte der Christlichen Partei einen Elternratssitz mehr ein, so daß insgesamt 7 christliche gegen 6 für die weltliche Schule eintretende Elternratsmitglieder standen. Hätte die eine ertelnde Stimme gefehlt, so wäre es um die christliche Mehrheit geschehen gewesen. Alle müssen also heran zur Urne, und sie werden gern und freudig kommen, wenn sie sich recht vorstellen, um was es geht. Es geht um die Gewährleistung der Jugendziehung auf religiös-sittlicher Grundlage und um das, was die christlich gekannte Elternschaft übereinstimmend als die beste und wirksamste Bürgerpflicht dafür bewertet: die Befestigung der christlichen Religion in Deutschland die Regel und ihr Wesen besteht darin, daß sie nur eine Befestigung offen ist, und daß auch im nichtreligiösen Unterricht nur Lehrer dieses Bekenntnisses amtiert dürfen, damit eine Sicherheit dafür gegeben ist, daß der gesamte Lehrplan mit christlichem Gehalte durchdrungen wird. Neben der Befestigung des Bekenntnisses und einigen anderen Gegenden Deutschlands die Simultanschule, die an kein bestimmtes Bekenntnis gebunden ist, aber im ganzen Aufbau und der Art des Unterrichts ebenfalls das christliche Prinzip hochhält. In Weimar hätten die Gegner der Bekenntnisschule dieser am liebsten den Vorschlag gemacht und an ihre Stelle allgemein die weltliche, religionslose Schule gesetzt. Es gelang aber den vereinten Bemühungen der bürgerlichen Parteien, das in der Verfassung verankerte Kompromiß zustande zu bringen, kraft dessen die Bekenntnisschule neben den beiden neuemgeführten Schularten, der Gemeindefortschule und der weltlichen Schule, auch ferner ihr Dasein zu behaupten vermag, aber nur dann, wenn die Eltern künftig ihre Pflicht tun und begreifen, daß ihnen nichts mehr von selbst in den Schoß fällt, sondern daß sie Jahr aus, Jahr ein nachdrücklich und unentwegt um die Erhaltung der Bekenntnisschule kämpfen müssen, da diese lediglich von dem Willen der Erziehungsberechtigten getragen wird und fortfällt, wenn es an der fortgesetzten Bekundung eines solchen Willens fehlt.

Die Lage ist nicht so, daß die Gegner der Bekenntnisschule sich mit deren dauerndem Fortbestand abgeben könnten, sondern sie begehren die bestimmte Zuerkennung, daß die Erziehung „von selbst“ auf die allgemeine Einführung der weltlichen Zwangsschule ohne Religionsunterricht, die das eigentliche sozialistische Erziehungsziel bildet, hinarbeiten werde. Die weltliche Schule ist für die Sozialdemokratie und die ihr auf diesem Gebiete Befolgenschaft leistenden Kommunisten und Freidenkerverbände die „einzige weltliche (Gemeindefortschule), der Staat der „einzige alleinige Schulherr“; die Religionslosigkeit Charakter des Staates begründet. Wenn diese Elemente trotzdem für das Weimarer Schulkompromiß gestimmt haben, so ist das nur deshalb geschehen, weil es nach ihrer Hoffnung und Absicht die weltliche Schule „vorzubereiten“ sollte. Sache der christlichen Eltern ist es, diese Rechnung der Gegner der Bekenntnisschule zu durchkreuzen und von den ihnen durch die Verfassung gegebenen Machtbefugnissen einen solchen handhändigen, unermüdlichen Gebrauch zu machen, daß die Bekenntnisschule allen Anfechtungen zum Trotz für alle Zukunft in ihrem Bestande gesichert ist. Worauf es den Feinden der Bekenntnisschule ankommt, hat der Landesverband der Christlichen Elternvereine Sachsens klipp und klar in seinem Aufruf zu den Elternratswahlen mit den Worten gekennzeichnet: „Es herrscht das Verbrechen, die Schule zu einem politischen Kampf- und Zwangsmittel in der Hand der jeweils herrschenden Parlamentarier zu machen und zu diesem Zwecke die Elternschaft von jedem nur irgend- wie maßgebenden Einfluß auf die Schule auszuschließen, die Lehrerenschaft aber zu willenlosen, geistigen Werkzeugen in der Hand der jeweiligen Regierung herabzuwürdigen.“ In welchem Maße die Schule ihren sittlich-erzieherischen Einfluß einbüßen würde, wenn ein derartiges zweckwidriges Manöver mit ihr größerer Umfang annähme, liegt auf der Hand. Neben denen, welche die Schule politisch auszunutzen trachten, gibt es freilich auch noch eine ganze Reihe von Idealisten, die in der weltlichen Schule einen kulturellen